



EUROPEAN COMMISSION

Johannes Laitenberger

Director-General for Competition, European Commission

Aktuelle Herausforderungen der europäischen Wettbewerbspolitik, insbesondere in den Bereichen Digital-Wirtschaft und Energie

Check Against Delivery
Seul le texte prononcé fait foi
Es gilt das gesprochene Wort

Baden-Badener Unternehmer Gespräche
Landesvertretung Baden-Württemberg
Brüssel, 20. Oktober 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ich vor 2 Jahren vor Ihren damaligen Kolleginnen und Kollegen bei den Baden-Badener Unternehmer Gesprächen vorgetragen habe, war die politische Gesamtlage eine andere als heute. Im Mittelpunkt der europäischen Politik stand die griechische Staatsschuldenkrise, zeitgleich damit eine sich immer stärker zuspitzende Flüchtlingskrise. Europäische Bürgerinnen und Bürger zweifelten an der Fähigkeit der Europäischen Union, die sich stellenden Probleme und Herausforderungen zu meistern. Wir mussten feststellen, dass die EU von ihren Bürgern immer kritischer wahrgenommen wurde. Das von vielen als Tiefpunkt dieser Entwicklung wahrgenommene negative Brexit-Referendum im Vereinigten Königreich stand noch bevor.

Seitdem haben sich viele Parameter geändert. Natürlich stehen wir nach wie vor vor großen Herausforderungen. Aber: Die gesamtwirtschaftliche Lage hat sich nachhaltig gebessert. Die Entwicklung seit dem britischen Referendum, wohl auch die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten haben vielen Menschen die Bedeutung und den Wert der EU wieder vor Augen geführt. Die Brexit-Verhandlungen unterstreichen die Bedeutung des europäischen Binnenmarktes für unsere Wirtschaft – auch 60 Jahre nach den Römischen Verträgen, deren Geburtsstunde wir in diesem Jahr feiern durften. Es zeigt sich, dass Herausforderungen wie die Flüchtlingslage von Nationalstaaten allein nicht mit größerer Aussicht auf Erfolg angegangen werden können als im Rahmen der Union. Europa kam in der politischen Debatte und auch bei nationalen Wahlen aus der Defensive heraus.

Wie von Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union im September dargelegt – "Die Europäische Union hat wieder Wind in den Segeln".

Was kann Wettbewerbspolitik zur Aufbruchsstimmung beitragen?

Wettbewerbspolitik hat einen Beitrag zu dieser Aufbruchsstimmung geleistet und wird auch in Zukunft einen Beitrag dazu leisten.

Kommissarin Vestager betont gerne, dass die Durchsetzung der Wettbewerbsregeln ein Element ist, das zur Vertrauensbildung in der Gesellschaft beitragen kann. Während die Politik viele Leute nur begrenzt interessiert, hat jeder täglich mit Märkten zu tun. Jeder profitiert von funktionierendem Wettbewerb durch bessere Preise, eine größere Auswahl und Innovationen, die zu neuen Produkten und Dienstleistungen führen. Wer sich im Markt fair behandelt vorkommt, der hat auch eher Vertrauen in die "Fairness" der Gesellschaftsordnung, in der lebt.

Damit Wettbewerb funktioniert, bedarf es bestimmter Regeln und deren Durchsetzung. Wettbewerb ist für Unternehmen nicht immer bequem. Die Versuchungen, Wettbewerb zu vermeiden, sind manchmal groß. Unsere Wettbewerbsregeln setzen den Rahmen, innerhalb dessen fairer Wettbewerb stattfindet. So begrenzen sie zum Beispiel die Möglichkeit von marktbeherrschenden Unternehmen, ihre Position zum Nachteil anderer auszunutzen. Das schafft gerechte und gleiche Wettbewerbsbedingungen, die es nicht nur großen Konzernen, sondern allen Unternehmen erlauben, im Europäischen Binnenmarkt erfolgreich zu sein. Das ist natürlich manchmal nicht unumstritten.

Hindert starker Wettbewerb die Entstehung "europäischer Champions"?

So wird uns manchmal vorgeworfen, dass EU-Wettbewerbsregeln es verhindern, dass "europäische Champions" entstehen. Es wird gesagt, dass wir in unseren Entscheidungen zur Fusionskontrolle Märkte zu eng definieren, obwohl die betroffenen Unternehmen doch mit Unternehmen aus der ganzen Welt konkurrierten.

Lassen Sie mich hierauf etwas näher eingehen.

Funktionierender Wettbewerb ist aus meiner Sicht ein Wegbereiter für Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und kein Hindernis. Denn nur Unternehmen, die in ihrer Heimat

kontinuierlichem Wettbewerb ausgesetzt ist, werden es auf internationaler Ebene schaffen, mit ihren Geschäftsmodellen neue Kunden zu überzeugen und neue Märkte zu erschließen.

Dies heißt nicht, dass wir unsere Augen bei der Anwendung der Wettbewerbsregeln vor der Globalisierung und der zunehmenden Vernetzung der Volkswirtschaften verschließen. Unserer fusionskontrollrechtliches Regelwerk und die uns zur Verfügung stehende Analyse haben sich über Jahrzehnte stetig weiterentwickelt. Wir sind in der Lage geänderte Marktbedingungen – wie etwa die zunehmende Digitalisierung oder eine zunehmende Globalisierung einzelner Märkte – zu berücksichtigen.

Die Definition von Märkten basiert auf einer faktenbezogenen Einzelfallanalyse der jeweiligen Marktsituation. Sie ist keineswegs ein Selbstzweck. In manchen Bereichen sind die Märkte aufgrund unterschiedlicher Regelungsrahmen, Marketing- und Vertriebsstrategien oder unterschiedlicher Kundenvorlieben weiterhin national. Auch in Zukunft wird es daher weiterhin Fälle geben, bei denen wir unsere wettbewerbliche Analyse auf nationaler Ebene durchführen müssen, wenn wir sicherstellen wollen, dass eine erhöhte Marktkonzentration nicht zu höheren Preisen und weniger Auswahl für Kunden führt. In diesen Fällen kann und wird Wettbewerbsdruck, der aus anderen geografischen Märkten ausgeübt wird, durchaus berücksichtigt. In anderen Fällen kann unsere Analyse ergeben, dass Märkte aufgrund des anzutreffenden Kundenverhaltens und der vorherrschenden Unternehmensstrategien als europa- oder gar weltweit einzustufen sind.

So wurden die relevanten geografischen Märkte in einer Reihe von Fällen als weltweit definiert, da die globalen Wettbewerbsbedingungen für die Produkte hinreichend homogen waren. Die ergangenen Entscheidungen betrafen verschiedene Branchen und Sektoren wie z.B.

Flugzeugkomponenten (*GE/Avio und UTC/Goodrich*) oder Computersoftware und -komponenten (*Western Digital/Scandisk, Western Digital/Viviti Technologies, Intel/Altera und Intel/McAfee*).

Es gibt insoweit eine konsistente Systematik. Sie wird im Übrigen weltweit von Wettbewerbsbehörden in ähnlicher Weise angewandt. Wir hinterfragen und verfeinern sie immer wieder. Zudem gibt es bei internationalen Sachverhalten eine starke Abstimmung mit anderen Behörden.

Nach meiner Auffassung hindert unsere Durchsetzung der europäischen Wettbewerbsregeln keineswegs die Entstehung europäischer Champions. Die meisten bei uns angemeldeten Unternehmenszusammenschlüsse werden ohne Auflagen freigegeben. Ein Beispiel hierfür ist der Erwerb von Gamesa durch Siemens, den wir im März dieses Jahres ohne Auflagen freigegeben haben. Dadurch haben wir es einem europäischen Unternehmen ermöglicht, in einem Bereich international zu wachsen, in dem Europa derzeit Marktführer ist. Und in Fällen, in denen Wettbewerbsbedenken festgestellt werden, streben wir nach Abhilfemaßnahmen, die die identifizierten Wettbewerbsprobleme beseitigen, aber die Gründe für die Transaktion intakt lassen.

So war es etwa der Fall bei der Übernahme des US-amerikanischen Lebensmittel- und Getränkeproduzenten WhiteWave durch Danone. Durch eine gezielte Veräußerung eines Großteils der Wachstumsmilchsparte von Danone in Belgien konnten die wettbewerbsrechtlichen Bedenken ausgeräumt werden. Dies gab dem französischen Konzern die Möglichkeit seine weltweite Präsenz auszubauen.

Herausforderung der Wettbewerbspolitik in der Digitalwirtschaft

Die Komplexität der wettbewerbsrechtlichen Herausforderungen zum jetzigen Zeitpunkt lassen sich in der Digitalwirtschaft besonders gut beobachten und nachzeichnen.

Die andauernde digitale Umwälzung führt zu tiefgreifenden Veränderungen für Unternehmen, Verbraucher und die Gesellschaft. Märkte und Wettbewerb entwickeln sich schnell. Neue, oft plattformbasierte, Geschäftsmodelle entstehen und krempeln in kurzer Zeit ganze Branchen um.

Netzwerkeffekte können dabei einmal etablierten Unternehmen zum Nachteil von Start-ups in die Hände spielen. Für Wettbewerbsbehörden stellt sich oft die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt des Eingreifens: Kann man sich auf "selbstreinigende Marktkräfte" und Innovationswettbewerb verlassen? Oder ist es erforderlich, früh zu intervenieren, um die Märkte offen zu halten und einer starken Konzentration frühzeitig vorzubeugen?

Digitale Märkte weisen Besonderheiten auf. Es handelt es sich häufig um mehrseitige Märkte mit verschiedenen Nutzergruppen. Nicht immer fließt eine monetäre Gegenleistung. Auch die Fähigkeit, große Mengen von Daten sammeln und analysieren zu können, spielt eine immer größere Rolle.

Manch einer stellt vor diesem Hintergrund die Frage, ob das bestehende Wettbewerbsrecht überhaupt noch für die Digitalwirtschaft geeignet ist. Die EU-Wettbewerbsregeln lassen uns genügend Raum, um neue Marktentwicklungen und Phänomene in unseren Untersuchungen zu berücksichtigen. Aber es ist auch klar, dass das Wettbewerbsrecht nicht für jedes Problem die Lösung bereithält. Während es für manche Fälle das richtige Instrument ist, bedürfen andere einer über den Einzelfall hinausgehenden Regulierung.

Im Idealfall gehen Wettbewerbsrecht und Regulierung dabei Hand in Hand und ergänzen sich in sinnvoller Weise.

E-Commerce und digitaler Binnenmarkt

Nehmen wir zum Beispiel den Bereich E-Commerce.

In den letzten zwei Jahren haben wir eine Sektoruntersuchung durchgeführt. Diese war Teil der Kommissionsstrategie für einen digitalen Binnenmarkt, welche unter anderem das Ziel hat, EU-Bürgern und Unternehmen online einen besseren grenzüberschreitenden Zugang zu Produkten und Inhalten zu verschaffen. Dieser ist häufig aufgrund von "Geoblocking"-Praktiken nicht gewährt. Die

Sektoruntersuchung hat festgestellt, dass "Geoblocking" zum Teil auf Vorgaben in Vertriebsverträgen beruht, welche aus wettbewerbsrechtlicher Sicht problematisch sind.

Im Anschluss an die Sektoruntersuchung wurden einige Verfahren eröffnet, die derartige Beschränkungen genauer untersuchen.

Daneben gibt es eine gesetzgeberische Initiative, um Geoblocking in bestimmten Situationen zu verbieten, die Fälle erfasst, die über das Kartellrecht hinausgehen. Dies betrifft etwa Fälle, in denen Unternehmen Kunden aus anderen Mitgliedstaaten nicht beliefern, ohne dass ihnen dies in einem Vertriebsvertrag vorgegeben ist. Dieses Beispiel zeigt, wie Wettbewerbsdurchsetzung und Regulierung sich ergänzen können und welchen Beitrag Wettbewerbspolitik bei der Ausschöpfung des Potentials eines gemeinsamen Binnenmarktes leisten kann.

Unser Werkzeugkasten erlaubt es uns auch, Online-Plattformen adäquat zu analysieren und dabei die Besonderheiten der Plattformökonomie zu berücksichtigen.

Unsere im Juni ergangene Entscheidung gegen Google betrifft einen Markt, bei dem die Leistungen zumindest einer Marktseite, nämlich den Verbraucherinnen und Verbrauchern, kostenlos angeboten werden.

Google hat seine marktbeherrschende Stellung als Suchmaschinenbetreiber dadurch missbraucht, dass es einem anderen Google-Produkt – seinem Preisvergleichsdienst – unrechtmäßig einen Vorteil verschafft hat. Google hat diesen in seinen Suchergebnissen ganz oben platziert und Vergleichsdienste der Konkurrenz herabgestuft. Zwar hat dieses Verhalten nicht zu einem höheren Preis für Verbraucher geführt, die Googles Dienstleistungen ohnehin „kostenlos“ beziehen bzw. mit ihren Daten bezahlen. Aber neben dem Preis gibt es andere relevante Wettbewerbsparameter wie Qualität, Auswahlmöglichkeiten und Innovation. Und Googles Preisvergleichsseite war ausweislich interner Dokumente von Google von schlechter Qualität. Die Vorgehensweise von Google hat andere

Preisvergleichsseiten behindert und damit auch verhindert, dass Verbraucher zwischen verschiedenen Preisvergleichsdiensten wählen können und die Vorteile von Innovationen nutzen können.

Ein weiteres Beispiel für die zunehmende "Plattformisierung" des Internets ist unser Amazon E-books-Fall, der zugleich zeigt, dass sich wettbewerbsrechtliche Verfahren nicht über viele Jahre erstrecken müssen. Amazon verwendete in seinen E-Book-Vertriebsverträgen mit Verlegern unterschiedliche Meistbegünstigungsklauseln nach denen Verlage Amazon informieren mussten, wenn sie Wettbewerbern günstigere Konditionen anbieten. Diese mussten zudem auch Amazon eingeräumt werden. Die Klauseln betrafen nicht nur die Preisgestaltung, sondern auch viele Aspekte, die ein Wettbewerber nutzen kann, um sich von Amazon abzuheben, etwa andere Geschäfts- oder Vertriebsmodelle. Durch die Klauseln wurde es Wettbewerbern von Amazon erschwert, sich im Wettbewerb mit Amazon zu behaupten. Um das Kartellverfahren zu beenden, verpflichtete sich Amazon, die entsprechenden Klauseln für einen Zeitraum von 5 Jahren europaweit nicht mehr durchzusetzen bzw. in keine neuen Verträge aufzunehmen. Diese Verpflichtungen hat die Kommission im Mai dieses Jahres nach zweijähriger Verfahrensdauer für rechtsverbindlich erklärt.

Wie gesagt: Diese Fälle zeigen, dass unserer kartellrechtlicher Werkzeugkasten anpassungsfähig ist und die Besonderheiten von digitalen Plattformen im Rahmen einer fallspezifischen Analyse berücksichtigen kann. Die Kommission prüft derzeit parallel, ob es bei Online-Plattformen in Bezug auf gewisse Vertragsklauseln und unlautere Handelspraktiken einen über das Wettbewerbsrecht hinausgehenden Regulierungsbedarf gibt.

Bei alledem vergessen wir nicht, dass Online-Plattformen viele Vorteile für ihre Nutzer mit sich bringen und dass sich Geschäftsmodelle von Online-Plattformen stark unterscheiden.

Big Data und Algorithmen

Ein anderes Thema, welchem wir große Aufmerksamkeit schenken, betrifft die zunehmende Bedeutung von "Big Data" in vielen Bereichen des Wirtschaftslebens.

So zeigt unsere Sektoruntersuchung, dass die Sammlung, Verarbeitung und Nutzung großer Datenmengen zu erheblichen Vorteilen für Verbraucher in Form von innovativen Produkten und Dienstleistungen führen kann. Andererseits kann sie auch zu wettbewerblichen Bedenken führen, etwa wenn es zu einem Austausch sensibler Daten zwischen Wettbewerbern kommt.

Auch in der Fusionskontrolle berücksichtigen wir Big Data.

So könnte der Zusammenschluss von Unternehmen zu einer Datenakkumulation in der Hand eines Unternehmens führen, die diesem im Verhältnis zu Wettbewerbern einen uneinholbaren Vorsprung verschafft.

Derartige Bedenken wurden in mehreren Fällen geprüft, zum Beispiel bei dem Erwerb von WhatsApp durch Facebook. Allerdings ergab unsere Analyse, dass es auch nach der Fusion ausreichend Nutzerdaten für andere Anbieter von Online-Werbung geben wird.

Im Dezember letzten Jahres untersuchten wir die Übernahme des Karrierenetzwerkdienstes LinkedIn durch Microsoft. Zum einen hatten wir Bedenken, dass Microsoft seine starke Position bei Betriebssystemen und Produktivitätssoftware nutzen könnte, um die Position von LinkedIn zu stärken, zum Beispiel durch Vorinstallieren von LinkedIn auf allen Windows-PCs. Dies hätte eine Vergrößerung der Nutzerbasis von LinkedIn zur Folge haben können, die neuen Marktteilnehmern den Eintritt in den Markt für Karrierenetzwerkdienste erschwert hätte. Zudem wurde auch hier eine Datenkonzentration geprüft. Daneben wurde festgestellt, dass der Datenschutz ein wichtiger Parameter für den Wettbewerb zwischen Karrierenetzwerken ist. Die abgegebenen Verpflichtungszusagen stellten sicher, dass es dem fusionierten Unternehmen nicht möglich ist, Wettbewerber auf dem Markt für Karrierenetzwerkdienste auszuschließen. Indirekt stellen sie auch

sicher, dass Nutzerinnen und Nutzer, die den Schutz von Privatsphäre als wichtigen Qualitätsfaktor sehen, Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Anbietern haben.

Ein weiteres Thema, welches wir uns intensiv ansehen, betrifft die Verwendung von Algorithmen, etwa für die Zwecke der Festsetzung von Preisen. Algorithmen spielen eine immer bedeutendere Rolle. Sie können für Verbraucherinnen und Verbraucher große Vorteile bringen, etwa wenn sie es ihnen erlauben, den günstigsten Preis online zu finden. Sie können den Preiswettbewerb verschärfen, wenn Unternehmen ihre Preise gegenseitig unterbieten. Ihre Verwendung kann aber auch wettbewerbsrechtlich problematisch sein, etwa wenn sie der Umsetzung von Kartellabsprachen zwischen Wettbewerbern dienen. Software, die Preise im Internet beobachtet, kann auch in vertikalen Fällen im Zusammenhang mit dem Preisbindungsverbot eine Rolle spielen.

Wir müssen daher verstehen, wie Algorithmen eingesetzt werden. Unsere IT- und Analysefähigkeiten werden deshalb immer wieder auf den neuesten Stand gebracht.

Aber auch Unternehmen sollten sich bei der Verwendung von Algorithmen im Klaren darüber sein, wie diese funktionieren und ob ihr Einsatz kartellrechtliche Risiken mit sich bringt. Es reicht nicht aus, einen selbstlernenden Algorithmus einzusetzen und sich dann zurückzulehnen und abzuwarten, zu welchen Ergebnissen er kommt. Vielmehr sollten Preisalgorithmen bereits so konzipiert sein, dass es nicht zu kollusivem Verhalten kommen kann: Die Verantwortung liegt bei dem Unternehmen, das den Algorithmus einsetzt.

Ausrichtung für die Zukunft

Wie sie sehen, gib es eine Reihe von Herausforderungen für Wettbewerbsbehörden in der Digitalwirtschaft, die es erfordern, dass unserer Instrumentenkasten auf dem neuesten Stand ist.

Hieran arbeiten wir täglich.

Bei dem Google-Verfahren, von dem ich vorher berichtet habe, haben wir 5.2 Terabyte an tatsächlichen Suchergebnissen von Google ausgewertet. Dies sind rund 1.7 Milliarden Suchanfragen.

Wir arbeiten eng mit anderen Wettbewerbsbehörden zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. In diesem Zusammenhang wurde vor kurzem eine neue Arbeitsgruppe im Netzwerk der europäischen Wettbewerbsbehörden gegründet, welche sich spezifisch mit den Herausforderungen in digitalen Märkten beschäftigt.

Wir scheuen auch nicht davor zurück, uns von externen Experten beraten zu lassen. So hat unsere Kommissarin Margrethe Vestager vor einem Monat angekündigt, ein Expertenpanel einzusetzen, welches sich mit der Durchsetzung des Kartellrechts in sich schnell verändernden Märkten beschäftigen wird.

Herausforderung der Wettbewerbspolitik in der Energiewirtschaft

Ähnlich umfassend wie in der Digitalwirtschaft ist die Veränderung in der Energiewirtschaft.

Die Europäische Kommission hat im November 2016 die Mitteilung "Saubere Energie für alle Europäer" angenommen, die Bestandteil eines Maßnahmenpakets ist, das die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union beim Übergang zu saubereren Energien sicherstellen soll.

Dieses Maßnahmenpaket zielt darauf ab, die Energiewirtschaft so zu gestalten, dass sie ihren Beitrag zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen dauerhaft und nachhaltig erbringen kann.

Hierfür ist es natürlich von entscheidender Bedeutung, dass innerhalb des Binnenmarktes für die Unternehmen der Energiewirtschaft die gleichen Spielregeln gelten, ohne dass es darauf ankommt, wie marktmächtig das jeweilige Unternehmen ist.

Herausforderung Schaffung eines Gasbinnenmarktes

Das Stichwort Marktmacht leitet mich direkt zu Gazprom. Zunächst möchte ich kurz die Untersuchungen gegen den russischen Marktgiganten ansprechen, bevor ich auf die wettbewerblichen Herausforderungen für die Stromversorgung zu sprechen komme. Dieser Themenkreis dürfte seit der von Deutschland verkündeten Energiewende für einen deutschen Hörerkreis von besonderem Interesse sein. Doch zunächst in aller Kürze zum Gazprom-Fall.

Die Europäische Kommission untersucht, wie Ihnen vermutlich aus der Presse bekannt ist, ob Gazprom seine Marktmacht in 8 mittel- und osteuropäischen Ländern missbraucht hat, indem es in Mittel- und Osteuropa eine Strategie der Aufteilung entlang von nationalen Märkten verfolgt hat.

Wir untersuchen in diesem Zusammenhang etwa vertragliche Ausfuhrverbote für von Gazprom geliefertes Gas und Vertragsklauseln, nach denen das von Gazprom gelieferte Gas in einem bestimmten Gebiet verbraucht werden muss.

Das Marktverhalten von Gazprom führte nach den Untersuchungen der Kommission dazu, dass "russisches" Gas nicht frei innerhalb der Europäischen Union fließen und mit "russischem" Gas konkurrieren konnte.

Diese Beschränkungen wirkten sich wahrscheinlich nicht nur auf die Großhandelspreise für Gas in den betroffenen Mitgliedstaaten aus, sondern führten wohl auch dazu, dass die Verbraucher in den betroffenen Mitgliedstaaten nicht von ähnlich günstigen Gaspreisen profitieren konnten, wie Verbraucher in Mitgliedstaaten mit einem stärkeren Wettbewerb auf dem Gasmarkt.

In seinerzeit und teils noch immer isolierten Gasmärkten wie Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Polen scheint Gazprom zudem seine Marktmacht missbraucht zu haben, indem es von den Gasgroßhändlern unangemessen hohe Preise verlangt hat.

Gazprom hat auf diese Vorwürfe reagiert, indem es sich bereit erklärt hat, bestimmte Verpflichtungen einzugehen. So hat Gazprom unter anderem angeboten, vertragliche Beschränkungen für die Wiederausfuhr oder den Wiederverkauf von Gas oder ähnliche Maßnahmen aufzuheben. Gazprom hat auch angeboten, in die Verträge mit Kunden in den betroffenen mittel- und osteuropäischen Staaten Preisrevisionsklauseln aufzunehmen, die dem Kunden die Möglichkeit geben, die Preise daraufhin überprüfen zu lassen, ob sie noch mit der allgemeinen Preisentwicklung übereinstimmen.

Die von Gazprom vorgeschlagenen Verpflichtungen sind wie üblich einem Markttest unterzogen worden, bei dem interessierte Parteien die Gelegenheit hatten, Stellungnahmen zu den vorgeschlagenen Verpflichtungen abzugeben. Wir haben die umfangreichen Stellungnahmen ausgewertet und besprechen die Ergebnisse des Markttests mit Gazprom.

Wir hoffen, in den Gesprächen mit Gazprom zu wirksamen endgültigen Verpflichtungen zu gelangen, die dann von der Kommission in einem Beschluss für verbindlich erklärt werden könnten. Unsere Richtschnur für die Gespräche mit Gazprom ist, dass künftig der freie Verkehr von Gas innerhalb der betroffenen Länder und innerhalb der Union möglich sein muss.

Wir gehen auch davon aus, dass im Ergebnis auch Verbraucher in den betroffenen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten durch die Verpflichtungen von Gazprom von einer verbesserten Gasversorgung durch günstigere Gaspreise profitieren werden.

Im gegenwärtigen Verfahrensstadium sind noch alle Optionen offen. Sollte Gazprom nicht bereit sein, sich zu wirksamen Maßnahmen zu verpflichten, die den freien Fluss von Gas innerhalb der Union erleichtern, würden wir das wettbewerbswidrige Verhalten von Gazprom mittels eines Verbotsbeschlusses abstellen. Ein solcher Verbotsbeschluss würde dann allerdings auch die Verhängung einer Geldbuße umfassen.

Herausforderung Verwirklichung des Elektrizitätsbinnenmarktes

Ich möchte nun den Bogen zur Elektrizitätswirtschaft schlagen, einem Wirtschaftszweig, der sich wegen der Energiewende, noch immer fortbestehenden Engpässen im deutschen Stromnetz und Überkapazitäten an Strom im Norden und Unterkapazitäten im Süden Deutschlands in einem heftigen Umbruch befindet.

Zwar gibt es auf europäischer Ebene, wie gerade das zuvor erwähnte Maßnahmenpaket "Saubere Energie für alle Europäer" anschaulich zeigt, erhebliche Sympathien für den schnellen Übergang zur Nutzung "sauberer Energien". Doch sollte in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, dass die deutsche Energiewende auch eine europäische Dimension hat und Konsequenzen mit sich bringt.

Denn die trotz massiver Investitionen noch immer bestehenden Engpässe im deutschen Stromnetz führen bei gleichzeitigem massivem Aufbau von zusätzlichen Kapazitäten aus erneuerbaren Energien dazu, dass es vermehrt zu unkontrollierten Stromflüssen in Stromnetze von Deutschlands Nachbarstaaten kommt.

Diese führen dazu, dass die Kapazitäten, die normalerweise an den Interkonnektoren für grenzüberschreitende Stromflüsse zur Verfügung stehen würden, massiv beschränkt werden. Dies bestätigt ein Bericht der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden, Acer, in dem festgestellt ist, dass derzeit nur etwa 28% der an den Interkonnektoren verfügbaren Kapazitäten für grenzüberschreitende Stromflüsse genutzt werden, obwohl diese für die allgemeine Versorgungssicherheit und den grenzüberschreitenden Stromhandel von erheblicher Bedeutung sind.

Das widerspricht der Priorität der Schaffung einer europäischen Energieunion. Da der Binnenmarkt in der Stromwirtschaft noch immer nicht verwirklicht ist, entsteht auch ein

wettbewerbsrechtliches Problem, wenn die Beschränkungen grenzüberschreitender Stromflüsse eine Diskriminierung ausländischer Stromerzeuger darstellen.

Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf den Fall "*Swedish Interconnector*". Der schwedische Übertragungsnetzbetreiber Svenska Kraftnät hatte in diesem Fall die Kapazitäten für die grenzüberschreitende Übertragung von Strom beschränkt, um die Überlastung des eigenen Stromnetzes kostengünstig zu vermeiden.

Die Kommission hat den Fall untersucht und nach einem Markttest die Verpflichtung von Svenska Kraftnät akzeptiert, das schwedische Übertragungsnetz in mehrere Regelzonen zu unterteilen und so besser dem schwedischen Stromflussmuster Rechnung zu tragen. Svenska Kraftnät hat sich auch dazu verpflichtet, Engpässe in den Regelzonen zu beheben, ohne die Kapazität für grenzüberschreitende Stromflüsse zu beschränken.

Der Fall bestätigt den Grundsatz, dass Probleme im eigenen Stromnetz nicht dadurch gelöst werden können, dass grenzüberschreitende Stromflüsse gestoppt werden.

Zu Vermeidung von Missverständnissen möchte ich in diesem Zusammenhang noch anmerken, dass die Verpflichtungen zur Behebung einer wettbewerblich relevanten Störung grenzüberschreitender Stromflüsse nicht notwendig in einer Aufspaltung der Regelzone bestehen müssen. Auch andere Verpflichtungen sind in diesem Zusammenhang grundsätzlich denkbar.

Der Fall "*Svenska Kraftnät*" hat im Übrigen auch den Weg für neue Vorschriften für die Energiewirtschaft bereitet. So sieht Artikel 14 (7) des überarbeiteten Entwurfs einer Verordnung zum Elektrizitätsbinnenmarkt jetzt vor, dass Übertragungsnetzbetreiber nicht die an Interkonnektoren verfügbaren Kapazitäten für andere Marktteilnehmer beschränken dürfen, um damit Überlastprobleme im eigenen Stromnetz zu lösen. Der neue Vorschlag nimmt ausdrücklich Bezug auf

den Fall "Swedish Interconnectors". Der Fall zeigt beispielhaft, dass die aus Wettbewerbsregeln abgeleiteten Grundsätze Wegbereiter für nachfolgende Sektorregulierung sein können.

Herausforderung Prüfung von nationalen Kapazitätsmechanismen

Nach diesem kurzen Überblick über die Herausforderungen der Stromwirtschaft für die Wettbewerbspolitik möchte ich noch kurz die laufende Überprüfung der Kapazitätsreserven erwähnen, die von den Mitgliedstaaten geschaffen worden sind, um die Versorgungssicherheit bei der Stromversorgung sicherzustellen.

Diese Kapazitätsreserven können beispielsweise Reservekraftwerke vorsehen, die hochgefahren werden, um die Stabilität des Stromnetzes sicherzustellen.

Da Investitionen in das Stromnetz und Versorgungssicherheit im Normalfall durch geeignete Marktmechanismen sichergestellt werden sollten, werfen staatlich finanzierte Kapazitätsreserven aus der Sicht des Beihilfenrechts zumindest Fragen auf.

Deshalb stellt die Europäische Kommission im Rahmen der beihilfenrechtlichen Prüfung von staatlichen Maßnahmen unter anderem auch sicher, dass die von den Mitgliedstaaten geplanten Kapazitätsreserven so ausgestaltet werden, dass auch Stromversorger aus anderen Mitgliedstaaten sich an der Bereitstellung von Reservekapazitäten für die Stromversorgung beteiligen können. Nur so können Verfälschungen des grenzüberschreitenden Wettbewerbs und des Handels begrenzt, angemessene Investitionsanreize gesetzt und die Kosten der Versorgungssicherheit langfristig gesenkt werden.

Die Kommission hat die auch durch den zunehmenden Übergang auf erneuerbare Energien bedingte Zunahme der Kapazitätsreserven im Rahmen einer Sektorenuntersuchung analysiert.

Der endgültige Bericht, für den 35 geplante oder bereits verwirklichte Kapazitätsmechanismen in 11 Mitgliedstaaten untersucht wurden, ist zusammen mit der eingangs erwähnten Mitteilung über saubere Energien Ende des letzten Jahres veröffentlicht worden.

In diesem Bericht kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass Kapazitätsmechanismen beim derzeitigen Stand des europäischen Strommarktes noch erforderlich sein können, stellt jedoch auch fest, dass diese Kapazitätsmechanismen mit geeigneten Marktreformen verbunden werden müssen. Die Europäische Kommission hat bisher die Kapazitätsreserven für den deutschen und französischen Elektrizitätsmarkt einstweilig genehmigt. Für Irland, Italien, Griechenland und Polen werden derartige Maßnahmen derzeit geprüft.

Vorläufiges Fazit für den Energiesektor

Die Wettbewerbsdurchsetzung im Energiesektor fokussiert sich derzeit auf den freien Fluss von Energie im Binnenmarkt, so dass den Verbrauchern und Unternehmen Energie preisgünstig zur Verfügung gestellt wird. Die Durchsetzung der Wettbewerbsregeln trägt entscheidend zur Verwirklichung der Energieunion bei, die eine der politischen Prioritäten dieser Kommission ist. Die Durchsetzung der Wettbewerbsregeln trägt auch zur Ausgestaltung von gesetzgeberischen Maßnahmen wie dem Maßnahmenpaket für den grenzüberschreitenden Stromfluss bei.

Wettbewerbskultur in und für Unternehmen

Nach diesem kurzen Überblick über zwei spannende Wirtschaftszweige, die in besonderem Maße Herausforderungen an die europäische Wettbewerbspolitik stellen, möchte ich vor einem Hörerkreis aus Verantwortlichen der deutschen Wirtschaft abschließend noch kurz allgemein auf die Wettbewerbskultur in und für Unternehmen eingehen.

Aus unserer Sicht ist es für erfolgreiche Unternehmen entscheidend, eine gesunde Compliance-Kultur zu entwickeln. Eine solche erscheint uns als eine notwendige Voraussetzung für den dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens. Ein Unternehmen, das die Wettbewerbsregeln in seinem eigenen Marktverhalten beachtet, reduziert damit nicht nur die finanziellen Risiken und Ansehensrisiken, die mit der Beteiligung an Wettbewerbsverfahren verbunden sind, sondern kann mit Fug und Recht auch von den Wettbewerbern verlangen, dass diese die Wettbewerbsregeln beachten und sich nicht ungerechtfertigte Marktvorteile verschaffen.

Aus unserer Sicht zählt es sich für Unternehmen auch aus, möglichst schnell einen Kronzeugenantrag zu stellen, wenn beispielsweise nach einer Übernahme festgestellt wird, dass das übernommene Unternehmen an einem Kartellverstoß beteiligt war. Dadurch kann möglicherweise eine hohe Kartellbuße ganz oder zumindest teilweise vermieden werden.

Unternehmen mögen wegen der einem Kartellverfahren möglicherweise nachfolgenden Privatklagen einen solchen Antrag scheuen. Doch zeigt sich immer wieder, dass solche Privatklagen durch Schweigen nicht verschwinden. Es kommt dann vielmehr noch eine hohe Geldbuße zu den Schadensersatzansprüchen der Privatkläger hinzu.

Schon aufgrund der internationalen Zusammenarbeit auch über die Unionsgrenzen hinaus im Bereich der Fusionskontrolle und des Kartellrechts ist es aus meiner Sicht sehr unwahrscheinlich, dass es gelingt, einen Kartellverstoß bis zur Verfolgungsverjährung zu verbergen.

Dazu trägt im Ergebnis auch bei, dass die Kommission es "*whistleblowern*" aus den betroffenen Unternehmen jetzt ermöglicht, anonym auf elektronischem Wege mit der Kommission zu kommunizieren. Es wird Sie vielleicht interessieren, dass unsere Webpage zu den Kartellen im Monat 25.000 Mal besucht wird. Die Webpage zum Whistleblower wird im Monat 9.000 Mal besucht. Dies zeigt, dass dieses neue technische Instrument zur Kartellermittlung sehr gut angenommen wird. Wir

erwarten, dass es neben dem Kronzeugenprogramm erheblich zur Aufdeckung von Wettbewerbsverstößen beitragen wird.

Schlusswort

Nach diesen allgemeinen Ausführungen zur Wettbewerbskultur in und für Unternehmen möchte ich mit der Voraussage abschließen, dass die weitere Entwicklung der Wettbewerbspolitik und des Wettbewerbsrechts auch über die beiden näher betrachteten Wirtschaftszweige hinaus spannend bleiben wird. Sie ist für alle Unternehmen und damit für alle Managerinnen und Manager von steigender Relevanz. Deshalb freue ich mich besonders darüber, dass die BBUG den dauerhaften Dialog mit der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission pflegt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
